

**Rede
des Sprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 4b

Aktuelle Stunde

**Von gestörten Lieferketten bis zu verteuerten
Endprodukten - massive Kostensteigerungen
belasten Wirtschaft und Bürger**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/11229

während der Plenarsitzung vom 17.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Schulz-Hendel, mit dem Finger auf andere zu zeigen - ob nach Berlin oder nach Hannover oder auch auf andere Fraktionen -, ist in solch einer Krisensituation immer schlecht. Der 24. Februar - ich glaube, das kann man hier mit Fug und Recht sagen - war eine Zäsur, bei der sich für uns alle Gewissheiten und auch Fehleinschätzungen, Glaubenssätze, denen wir über viele Jahre mehr oder weniger angehangen haben, aufgelöst haben. Ich sage in diesem Zusammenhang immer wieder: Im politischen Bereich sind diejenigen seriös, die das für sich eingestehen können, die Fehleinschätzungen eingestehen können - das auch offen kundtun - und die in der Lage sind, aus diesen Fehleinschätzungen zu lernen und umzusteuern. Darauf kommt es in der Krise an. Das haben die Vertreterinnen und Vertreter der SPD auch auf Bundesebene sehr reflektiert getan.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der 24. Februar ist ein Datum, bei dem man später mal gefragt werden wird: Wo warst du, als der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine begonnen hat? - Ich glaube, wir alle können das für uns ganz gut beantworten: Wir waren im Plenum und haben einer Regierungserklärung zugehört. - Mir wurde erst da langsam bewusst, welche Folgen in wirtschaftlicher, in finanzieller, in politischer, aber vor allem in humanitärer Hinsicht dieses Datum für uns alle haben wird.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat das bedeutet, dass sich die ohnehin angespannte Situation durch Energiepreissteigerungen und Corona-Nachwirkungen noch einmal deutlich verschärft hat. Das betrifft Privathaushalte, Unternehmen und natürlich auch die öffentlichen Haushalte. Kurzum: Wenn wir nicht gegensteuern, drohen Armutskrise, Beschäftigungskrise und Schuldenkrise, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gilt es natürlich mit aller Kraft und auf allen politischen Ebenen zu verhindern.

Alarmierend ist tatsächlich die Inflationsrate - der Kollege Thiele hat sie vorhin schon angesprochen -, die im April auf über 7 Prozent gestiegen ist. Das ist ein Wert, den es zuletzt 1981 in der Bundesrepublik Deutschland - als Folge des ersten Golfkrieges - gab. In diesem Zusammenhang ist auch beschrieben worden, dass das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale im Moment enorm ist.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zunächst einmal das entschiedene und entschlossene Handeln der Ampel auf Bundesebene zu begrüßen. Man hat ein Paket auf den Weg gebracht. Dieses Paket wirkt. Aber klar ist auch: Dieses Paket kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Es muss evaluiert werden, es muss weiterentwickelt werden, und es müssen weitere Maßnahmen folgen, wenn man

die Krise für Privathaushalte, für Unternehmen und auch für die öffentlichen Haushalte auffangen will. Und über nichts anderes reden wir heute.

Das Entlastungspaket des Bundes für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen darf nicht nur auf kurzfristige Einmaleffekte setzen. Es zeichnet sich auch dadurch aus, dass wir nicht alle Belastungen in finanzieller Hinsicht auffangen können.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich bemerkenswert, dass wir wieder eine Debatte über Schuldenbremse und schwarze Null haben. Lieber Kollege Grascha, Sie haben wieder die Schuldenbremse angesprochen. Auf Bundesebene führt die FDP immer wieder die Bedeutung der schwarzen Null an. Entscheidend wird sein, dass wir weiter in die Infrastruktur investieren, dass wir die Folgen der Krise für die Menschen, für die Unternehmen und für die öffentlichen Haushalte auffangen. Weniger entscheidend ist dabei eine schwarze Null, die aufgrund der vielen Sondervermögen, die von Finanzminister Lindner im Bund aufgelegt wurden, im Moment leider nur noch Zeichen einer Symbolpolitik ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es geht um die Menschen, es geht aber nicht um Symbolpolitik im Hinblick auf eine schwarze Null auf Bundesebene.

Ich glaube, es ist auch für die FDP ganz wichtig, sich dies einzustehen. Der finanzpolitische Dreiklang aus Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger, schärferem Sparen und mehr Investitionen in die Infrastruktur, den die FDP immer wieder angeführt hat, kann schon in normalen Zeiten nicht funktionieren und in der Krise schon gar nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Bereich der Wirtschaft ist das Thema Lieferketten angesprochen worden. Das ist auch Titel des Antrages zu dieser Aktuellen Stunde. Auf dieses Thema ist, wie ich finde, noch zu wenig eingegangen worden. Denn das ist ein ganz entscheidendes Thema. Angesichts einer globalisierter Welt und angesichts eines globalisierten Handels haben viele Unternehmen gedacht, der beste Ort, Waren zu lagern, sei die Straße, der beste Ort, Waren zu lagern, sei das Containerschiff. Das kann so nicht mehr funktionieren. Das hat schon die Corona-Pandemie gezeigt. Es hat sich gezeigt, welche fatalen Auswirkungen für den Handel und für die Industrie entstehen, wenn Lieferketten unterbrochen werden. Für die niedersächsische Industrie hatte dies insbesondere im Bereich der Automobilbranche und im Bereich der Stahlindustrie fatale Auswirkungen.

Eines ist klar: In unserer globalisierten Welt brauchen wir resiliente Lieferketten. Wir müssen zu einem ökologisch nachhaltigen Handel kommen, meine sehr

verehrten Damen und Herren. Das zeigt, dass in dieser Krise insbesondere für unser Land Niedersachsen natürlich auch eine Chance liegt.

Dabei müssen drei Fragen beantwortet werden:

Wie kann ein Zusammenbruch von Lieferketten zukünftig verhindert werden?
Wie muss Handel gestaltet werden, damit er resilient und ökologisch nachhaltig ist? Wie können wir auch im Bereich der Energie die richtigen Schlüsse ziehen?

Deshalb zu guter Letzt: Es gibt Chancen für unser Bundesland Niedersachsen; denn es wird - das hatte der Kollege Schulz-Hendel richtigerweise gesagt - darum gehen, Industrie und Produktion wieder nach Niedersachsen zurückzuverlagern, dem Transformationsdruck mit Innovationen und Entschlossenheit zu begegnen, aber nicht mit Verweigerung. Eines ist ganz klar: Industrie und Wertschöpfung folgen Energie. - Darin liegt die Chance für unser Land Niedersachsen.

Niedersachsen muss weiterhin Energieland bleiben! Das müssen wir ausbauen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, liebe Kolleginnen und Kollegen. Von daher werden wir über dieses Thema hier sicherlich noch oft diskutieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.